



POLITIK

Psychotherapie braucht Zugang – keine neue Hürde

Die Gesundheitskommission des Nationalrates will vor jeder psychologischen Psychotherapie eine gesicherte psychiatrische Diagnose verlangen. Die ZGPP lehnt die Motion 26.4067 ab – aus Gründen der Versorgungsqualität.

Der Vorstoss soll das Kostenwachstum seit Einführung des Anordnungsmodells bremsen und die Behandlung schwer erkrankter Menschen besser sichern. Die Ziele sind ernst zu nehmen. Der vorgeschlagene Weg überzeugt jedoch nicht: Wer jede psychologische Psychotherapie von einer vorgängigen psychiatrischen Diagnose abhängig macht, schafft einen zusätzlichen Engpass in einem Bereich, in dem Fachpersonen schon heute knapp sind.

Die ZGPP hält an einer ärztlichen Beurteilung vor Therapiebeginn fest. Sie ist wichtig, um körperliche Ursachen psychischer Beschwerden zu erken-

nen, medizinische Abklärungen einzuleiten und die Behandlung sinnvoll zu koordinieren. Diese Aufgabe können auch entsprechend qualifizierte Haus-, Kinder- und Jugendärzt:innen wahrnehmen. Und im Krisenfall ist es allen Ärzt:innen erlaubt, eine Anordnung auszustellen. Eine obligatorische Diagnosestellung einer Psychiater:in zu Beginn der Therapie für alle Fälle ist dafür nicht erforderlich.

Psychiatrische Expertise muss insbesondere bei schweren, komplexen oder unklaren Erkrankungen und in Krisen verfügbar bleiben. Die ZGPP setzt deshalb auf eine gute Zusammenarbeit der Berufsgruppen, hohe

fachliche Standards und solide klinische Erfahrung in der psychologisch-psychotherapeutischen Weiterbildung in einer psychiatrischen Klinik oder einem Ambulatorium von mindestens einem Jahr – statt auf pauschale zusätzliche Zugangshürden.

Die Kostenentwicklung verdient eine differenzierte Prüfung. Dass die neue Hürde die Ausgaben wirksam senken würde, ist nicht belegt. Gute Steuerung bedeutet, vorhandene Kompetenzen richtig einzusetzen. Nicht, Patient:innen den Weg zur Behandlung zu erschweren.

Peter Muster

ZGPP Zürcher Gesellschaft für
Psychiatrie und Psychotherapie